

Wie soll das  
einige Deutschland  
aussehen!

*Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, sprach bei uns im Werk.*

Unter lebhafter Zustimmung der Abteilungsbelegschaft, zu der sich noch Hunderte aus anderen Abteilungen gesellten, erklärte Walter Ulbricht, daß die friedliche Lösung der deutschen Frage nur unter Teilnahme der Deutschen aus der Demokratischen Republik und aus Westdeutschland möglich ist. Dabei ist die Hauptfrage: Was soll das einige Deutschland für ein Deutschland sein: ein friedliebendes, demokratisches Deutschland, wie im Memorandum der Regierung der DDR vorgesehen, oder ein aggressives, militaristisches Deutschland, wie es Herr Dulles und Herr Adensauer wollen? Außenminister Molotow und auch die Regierung der DDR haben als einzige konstruktive Vorschläge für die friedliche Lösung der deutschen Frage gemacht. Indem die Bonner Regierung sogar während der Außenministerkonferenz die Remilitarisierung fortsetzt und im letzten Jahr ihre aggressiven Pläne offen verkündete, hat sie es den friedliebenden Menschen ermöglicht, zu erkennen, daß diese Regierung gegen die Interessen des deutschen Volkes handelt.

Die Erklärung von Herrn Außenminister Dulles für die Politik der westlichen Militärpakte entspricht wohl den Interessen der amerikanischen Rüstungskonzerne, ist aber unvereinbar mit den friedlichen und nationalen Interessen des deutschen Volkes. Herr Außenminister Eden hat die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf die Abgabe eines Stimmzettels bei Wahlen reduziert. Er ist der Hauptfrage, dem Inhalt des Friedensvertrages mit Deutschland, aus dem Wege gegangen und hüllte sich in tiefes Schweigen zu der wichtigen Frage des Abzuges der Besatzungstruppen und der Aufgabe der militärischen Stützpunkte nach dem Abschluß des Friedensvertrages.

Walter Ulbricht begründete dann, warum es notwendig ist, daß sich die Deutschen aus beiden Teilen Deutschlands über die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Einheit ihres Vaterlandes verständigen und eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung geschaffen wird, deren wichtigste Aufgabe die Vorbereitung freier und demokratischer Wahlen ist. Unter den Bedingungen der amerikanischen und britischen Besatzung und der Herrschaft der Militaristen in Westdeutschland kann von freien Wahlen nicht die Rede sein. Wie kann man von freien Wahlen sprechen, solange Westdeutschland an die Bonner und Pariser Verträge gebunden ist, die eine militärische Besetzung durch fremde Truppen und das Recht der Einmischung der westlichen Besatzungsmächte bis zum Jahre 2003 vorsehen.

Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, erklärte:

x) Das Prinzip echter Freiheit gebietet, daß das deutsche Volk über die Gestaltung seiner inneren Ordnung und die Vorbereitung und Durchführung freier Wahlen selbst bestimmt.

Das Prinzip echter Freiheit gebietet die Befreiung Westdeutschlands von den Bonner und Pariser Verträgen, die mit der Würde des deutschen Volkes unvereinbar und deren militärische Bestimmungen für das deutsche Volk untragbar sind.

Wenn die deutsche Bevölkerung die negative Stellungnahme der Bonner Regierung mit den konstruktiven Vorschlägen im Memorandum der Regierung der DDR vergleicht, dann sieht sie, daß es eine friedliche Lösung der deutschen Frage gibt und daß nur die Regierung der DDR die nationalen Interessen Deutschlands vertritt.

"Wir stimmen mit Außenminister Molotow vollkommen überein", so erklärte Walter Ulbricht abschließend, "daß es eine wichtige Aufgabe der Konferenz der vier Außenminister ist, mitzuhelfen, daß sich beide Teile näherkommen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird alles tun, um jeden positiven Schritt in der Richtung der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zum Erfolg zu führen."

Aufmerksam waren die Arbeiterinnen und Arbeiter, die an ihren weißen Arbeitstischen saßen oder dichtgedrängt in den Gängen standen, den Darlegungen Walter Ulbrichts gefolgt. Sie drückten ihre Zustimmung mit lebhaftem Beifall aus.

Aus der Versammlung wurden dann verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Außenministerkonferenz und der Wiedervereinigung Deutschlands an Walter Ulbricht gestellt, die er eingehend beantwortete.

Die Kollegin Martha Meya gab bekannt, daß ihre Brigade sich verpflichtet, täglich 25 Röhren mehr zu fertigen, um ihre Verbundenheit mit der Regierung auszudrücken. Werkleiter Müller berichtete, daß das Werk seinen Januarplan erfüllt hat. Das ist für jedes Belegschaftsmitglied ein Ansporn, mit weiteren Produktionsleistungen unsere Arbeiter- und Bauernmacht zu stärken und zu festigen und damit für die Einheit unseres Vaterlandes und den Frieden zu kämpfen.

*Es ist notwendig, daß die Vertreter beider Teile Deutschlands selbst ein gesamtdeutsches demokratisches Organ schaffen, das die Vorbereitung und Durchführung freier, demokratischer Wahlen in seine Hände nimmt. Ein solches Organ kann nur die Gesamtdeutsche Provisorische Regierung sein.*

*(Aus dem Memorandum der Regierung der DDR an die Konferenz der Außenminister)*

x) Das Prinzip echter Freiheit gebietet eine unverzügliche Klärung über den Inhalt des Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen.